

MADRID-GIPFEL

## EU und Lateinamerika verhandeln über größte Freihandelszone der Welt

China und die USA teilen sich die Märkte Lateinamerikas. Die EU will auch mitmischen. Auf dem Gipfel in Spanien strebt sie ein Freihandelsabkommen mit den Staaten an.

VON Manuel Meyer | 19. Mai 2010 - 17:56 Uhr

© Dominique Faget/AFP/Getty Images



Einigung auf dem EU/Lateinamerika-Gipfel in Madrid: Salvadors Präsident Mauricio Funes Cartagena unterzeichnet den Aktionsplan. Im Hintergrund: Spaniens Präsident José Luis Rodríguez Zapatero (links) und EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso

Strahlend trat Spaniens Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero am Dienstagabend vor die Presse. "Es war ein Gipfel der Ergebnisse", sagte Zapatero und machte eine bedeutungsschwere Pause. Seit Monaten hatte seine Regierung auf diesen Moment hingearbeitet. Das Gipfeltreffen in Madrid zwischen der Europäischen Union, den Staaten Lateinamerikas und der Karibik sollte nicht nur der Höhepunkt der spanischen EU-Ratspräsidentschaft werden, sondern auch eine Zäsur in den Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika.

Tatsächlich haben die Spanier einiges erreicht. Mit einem Aktionsplan wollen die Staats- und Regierungschefs die strategische Partnerschaft zwischen der EU, den Staaten Lateinamerikas und der Karibik ausbauen. Bereits am Montag einigten sich die Europäer und der südamerikanische Wirtschaftsbund Mercosur darauf, ihre seit sechs Jahren ruhenden Gespräche über eine Freihandelszone wieder aufzunehmen. Diese sollen schon im Juli wieder beginnen, kündigte Argentiniens Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner an.

Sind die Verhandlungen erfolgreich, würde die weltweit größte Freihandelszone entstehen. 700 Millionen Einwohner würde sie umfassen und rund ein Fünftel des

weltweiten Bruttoinlandsprodukts auf sich vereinen, sagte Zapatero. Bereits am Dienstag hatten die 27 EU-Länder und 33 lateinamerikanischen Staaten im Kampf gegen die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise beschlossen, ihre Märkte weiter zu öffnen und die Handelsbeziehungen auszubauen.

Am heutigen Mittwoch wird die EU mit den Staaten Mittelamerikas, der Andengruppe sowie den südamerikanischen Staaten Peru und Kolumbien die ausgehandelten Freihandels- und Assoziierungsabkommen beraten. Das Assoziierungsabkommen mit Mittelamerika, auf das man sich nach drei Jahren Verhandlungen geeinigt hat, sieht unter anderem die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EU und den sechs mittelamerikanischen Staaten Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama vor.

Das Gipfelergebnis ist schon jetzt weitreichend. Doch der Weg zum Ziel ist noch lang. Noch immer gibt es Meinungsverschiedenheiten. Beispiel Mercosur: Argentinien's Präsidentin Kirchner betonte, dass die Differenzen, die einst zur Blockade der Gespräche führten, keinesfalls aus dem Weg geräumt seien. Noch immer schützten Frankreich und neun andere EU-Länder mit Schutzzöllen und Subventionen ihre Agrarmärkte vor Importen aus Lateinamerika.

Experten schätzen, dass der EU-Landwirtschaft im Falle einer erfolgreichen Übereinkunft mit dem Mercosur jährliche Verluste in Höhe von bis zu fünf Milliarden Euro drohen. Argentinien hingegen widersetzt sich einer weiteren Marktöffnung für Industrieprodukte aus Europa. EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso rief beide Seiten zu "großen Anstrengungen" auf, um die bisherigen Hürden für ein baldiges Freihandelsabkommen abzubauen.

Das ist vor allem im Interesse Europas und auch Deutschlands. "Die internationale Finanzkrise, die Europa deutlich härter als Lateinamerika trifft, zwingt die EU förmlich dazu, sich in Lateinamerika neue Absatz- und Investitionsmärkte zu öffnen", sagt Jorge Fonseca, Wirtschaftsprofessor an der Complutense Universität in Madrid.

Das haben auch Politiker in Brüssel und Berlin erkannt. Den meisten ist bewusst, dass der Gipfel in Madrid vielleicht die letzte Chance war, den Anschluss nicht zu verpassen. Während Europa in den vergangenen Jahren Lateinamerika wirtschaftspolitisch eher ignorierte, weiteten die USA und China ihre Aktivität zwischen Mexiko-City und Santiago de Chile deutlich aus. Im Jahr 2020 dürfte China die EU bereits als zweitgrößter Investor in der Region überholt haben.

Lange Zeit stand Lateinamerika für Armut, instabile Währungen, Staatsbankrotte und vor allem finanzielle Notlagen und Unsicherheit. Die Zeiten sind vorbei. Die Region hat die internationale Finanzkrise deutlich besser überstanden als die Europäische Union. Luis Alberto Moreno, Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank, erwartet für dieses und nächstes Jahr ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von mindestens vier Prozent auf dem Kontinent. Die Weltbank rechnet sogar mit fünf Prozent. Damit gehört Lateinamerika im Gegensatz zu den USA und Europa eindeutig zu den Boom-Regionen der Welt.

Gerade mit aufstrebenden Schwellenländern wie Brasilien und Mexiko ist in Zukunft zu rechnen. Beide Staaten sind im letzten Jahrzehnt zu den zehn stärksten Wirtschaftsnationen der Welt aufgestiegen und machen ihren wirtschaftlichen Machtzuwachs zunehmend geltend. Argentiniens Präsidentin Kirchner mahnte vor allem die Europäer, sich nicht länger als "Kunden", sondern als "Partner" zu betrachten, damit die Mercosur-Verhandlungen auch erfolgreich sein können.

Als offizielle Sprecherin der lateinamerikanischen Seite warnte Kirchner die Europäer davor, beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit Zuwanderer zu diskriminieren. "Wir beobachten mit großer Sorge die diskriminierende Behandlung von Immigranten in den entwickelten Ländern", sagte Kirchner. Lateinamerikanische Zuwanderer dürften nicht für die Arbeitslosigkeit in Europa verantwortlich gemacht werden.

Zahlreiche lateinamerikanische Staaten zeigten sich in Madrid verärgert darüber, dass aus der Krise keine praktischen Konsequenzen gezogen, und die Beschlüsse der G-20-Gruppe nicht umgesetzt worden seien. Chiles Präsident Sebastián Piñera sprach es offen aus: "Die Ergebnisse des Gipfels reichen nicht aus." Man gehe in der Krise "alte Probleme mit alten Lösungsvorschlägen" an.

Lateinamerika will ernst genommen werden. Aber geht das, wenn mit Italiens Silvio Berlusconi, Englands neuem Premier David Cameron und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel gleich drei europäische Schwergewichte auf dem Gipfel fehlten? Frankreichs Nicolas Sarkozy schaute erst nach dem Familienfoto am Dienstag kurz für vier Stunden vorbei. Angela Merkel nahm am Montagabend zumindest am Eröffnungsabendessen teil, fuhr danach aber sofort wieder nach Berlin zurück, um beim Schnüren des Euro-Hilfspakets zu helfen. Das mag wichtig gewesen sein. Doch zumindest Außenminister Guido Westerwelle hätte nach Madrid reisen können.

Das verwundert. Europa und Deutschland müssten ein Interesse an einer Intensivierung der biregionalen Handelsbeziehungen haben. Es ist das boomende Lateinamerika, das von den USA, China und den arabischen Öl-Ländern umgarnt wird – nicht Europa. Möchte man das bisherige Handelsvolumen mit Lateinamerika in Höhe von 140 Milliarden Euro ausbauen, sollte man aktiver werden. Der nächste Gipfel soll 2012 in Chile stattfinden.

**COPYRIGHT:** ZEIT ONLINE

**ADRESSE:** <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-05/eulac-mercosur>